

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadspark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Vierter deutscher Arbeiterkongress

In ereignisvollen Tagen trat der Vierte deutsche Arbeiterkongress in Berlin im Mehrerevereinshaus zusammen. Ein trüber, grauer Herbsttag. Aus allen Ecken Deutschlands sind die Delegierten zusammengeeeilt. Viele tragen die Abzeichen des Eisernen Kreuzes. Manche sind in Uniform. Alle sind getragen von dem Ernst der bevorstehenden Tagung. Wichtige Ereignisse halten die Gemüter in Spannung. Die innerpolitische Krise löst manche sorgenvolle Frage aus. Umso größer ist die Freude über die Ereignisse an der italienischen Front. Wohl keine Niederlage unserer Feinde wurde mit so viel Genugtuung aufgenommen, wie die der Italiener. Keinen aber traf sie auch gerechtfertigter, wie dieses treulose Volk.

Nur nach 11 Uhr wird der Kongress durch den Kollegen Stegerwald eröffnet. Er muß die bekräftigende Mitteilung machen, daß der Vorsitzende des deutschen Arbeiterkongresses, Kollege Behrens, schwer erkrankt ist und deshalb den Beratungen nicht beiwohnen kann. Als Vertreter der Behörden sind erschienen: Staatssekretär Dr. Schwander, als Vertreter des Reichskanzlers; Generalmajor Scheuch, als Vertreter der Obersten Heeresleitung und Leiter des Kriegsamts; Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Siefert, als Vertreter des Reichsamts des Innern; Unterstaatssekretär Ritter von Braun, als Vertreter des Kriegsernährungsamts. Eine Anzahl Vertreter der verschiedenen politischen Parteien sind erschienen. Rund 1 1/2 Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen sind auf dem Kongress vertreten.

Staatssekretär Dr. Schwander erinnert daran, was uns bisher unüberwindlich gemacht habe. Das unerschütterliche Vertrauen in unsere Kraft und das feste Zusammenhalten und treue Pflichterfüllung im Innern. Unser unüberwindliches Heer, unsere stolze Marine werden nach außen hin wie bisher dem Feinde den deutschen Willen mit wuchtigen Schlägen bekunden. Die Dahingeblichenen aber haben, jeder an seinem Platz, in kraftvoller Arbeit und opferfreudiger Hingabe an das Volksganze zu arbeiten, zu wirken und wenn es sein muß, zu entbehren. Mit freudigem Stolze, so sagte er, sei zu bekunden, daß die deutsche Arbeiterschaft und die deutschen Ungestellten in dem Kampf um den heimatischen Boden, um die deutsche Art, sich glänzend bewährt haben. Er wies hin auf unsere Sozialpolitik. Wenn wir auch schon glückliche sozialpolitische Einrichtungen aufzuweisen haben, dürfen wir zu deren Fortsetzung trotzdem fernerhin keine Anstrengungen scheuen. Er könne erklären, daß dies auch die Meinung des Reichskanzlers sei. Generalmajor Scheuch dankte für die Anerkennung, die den Truppen und ihren Führern vom Kollegen Stegerwald gezollt worden war. Es müssen alle Kräfte angespannt werden, um glücklich durch den vierten Kriegswinter und zu einem guten Frieden zu gelangen. Eins, wie unsere Fronten im Osten und Westen sind, müssen wir daheim auch eins sein in treuer Arbeitskammeradschaft. Noch fließe draußen deutsches Blut und dürfe deshalb keine Stunde die Arbeit rasten.

Im den Kaiser und an Generalfeldmarschall von Hindenburg wurden Huldigungstelegramme entfaßt.

Ueber die deutsche Arbeiterschaft im Entscheidungstadium des Weltkrieges sprach Kollege Stegerwald. Einleitend hob er hervor, daß das deutsche Volk politisch nicht geschickt geführt gewesen sei. Gerade dem Volk der Dichter und Denker habe man materielle Kriegsziele gezeigt, obwohl es für solche gar nicht in den Krieg gezogen sei. Unsere Feinde dagegen, die sich von brutalen Eroberungsgelüsten leiten ließen, zeigten ihrem Volk und der neutralen Welt ideale Kriegsziele. Dies habe sehr nachteilig auf Deutschlands Verhältnisse eingewirkt. Ein großer Teil des Volkstrauens sei in den

ersten drei Kriegsjahren verwirrt worden. Insbesondere habe man in Preußen auf innerpolitischem Gebiet nicht den innerpolitischen Notwendigkeiten Rechnung getragen. In der schwersten Zeit, in der Deutschland sich befindet, traten die innerpolitischen Reformbestrebungen umso greller hervor. Die kaiserlichen Erlasse dieses Jahres konnten den angerichteten Schaden nicht wieder restlos gutmachen. Im Augenblick gelte es jedoch, jeden Gedanken auf eine glückliche Beendigung des Krieges hinzulenken. Der Kriegszustand müsse zurückgebrängt werden. Vier Ziele müßten im Vordergrund stehen: 1. Die Schaffung politischer Rechtsgleichheit. Es müsse ausgeräumt werden mit der Klassenungleichheit. Das preussische Dreiklassenwahlrecht müsse bald verschwinden. Zweitens tue not die Aufhebung der Koalitionsfreiheit behindernden Paragraphen. Unbedingt seien Arbeitskammern einzurichten. 3. Es müsse auf dem Gebiet der Volksernährung alles geschehen, was möglich ist, um dem Volk das Durchhalten zu ermöglichen. Ferner sei es viertens unbedingt notwendig, ein erträgliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in der Rüstungsindustrie zu schaffen. Die Arbeiter selbst aber müßten alles dransehen, um unser Heer schlagfähig zu erhalten, um damit einen baldigen guten Frieden zu ermöglichen. Die deutschen Arbeiter dürften niemals zugeben, daß auch in Zukunft England das Herrenvolk, wir aber die Soldaten sein sollten, die für fremde Völker arbeiten. Bis jetzt habe die Arbeit der deutschen Arbeiter die technische Ueberlegenheit unserer Feinde überwunden. So soll es auch in Zukunft bleiben. Jeder Streit sei jetzt unverantwortlich. Wir dürfen nicht zum Mörder unserer eigenen Soldaten werden. Wir stehen vor einem Entweder-Oder. Entweder entschließen wir uns, für ein weiteres Jahr uns einzuschränken, schlechte Anzüge und gestickte Hemden zu tragen, in Holzschuhen oder barfuß zu gehen, und bleiben dann Steger, oder wir tun das nicht und werden alsdann für ein Jahrhundert Englands Sklaven sein. Aber das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen, komme, was da wolle. Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen des Kollegen Stegerwald. Es waren allen aus dem Herzen gesprochene Worte.

Ueber unsere Bewegung und die Lebensfragen von Volk und Reich sprach Kollege Jozs-M. Glabach. Er gab ein Bild von der Not und der Bedrängnis unseres Vaterlandes und kristallisierte die Forderungen, die sich daraus ergeben, in klarster Form heraus. Rechtsgleichheit verlangt er im Innern; das Vaterland kann nur dann etwas gewinnen, wenn es seine Zukunft auf Rechtsgleichheit aufbaut. Gewaltpolitik verwerfen wir, wir setzen uns aber ein für eine Politik der Macht. Rot tut in Staat und Gemeinden ein neues Wahlrecht, und zwar ein allgemeines und gleiches Wahlrecht. Allen denjenigen, die glauben, daß davon der Zusammenbruch Preußens abhängt, müsse man zurufen, sie sollten Vertrauen haben in die Zukunft, denn diejenigen, die diese Forderungen erhöhen, seien vom besten Willen für die Zukunft des deutschen Vaterlandes besetzt. Das parlamentarische Regierungssystem lehnt der Redner ab. Wir brauchen aber Demokratie, damit auch die breite Volksmasse ihre Interessen wirksam vertreten kann. Wer davon befürchte, daß damit antichristliche und antikirchliche Instinkte erreicht werden sollten, müsse bedenken, daß alsdann der schärfste Bruderkrieg im eigenen Lande entstehen würde. Die christlich-nationale Arbeiterschaft setzt sich ein für ein soziales Königtum. Wir sind Monarchisten, nicht nur aus der Vernunft, sondern auch aus der Gesinnung. Unser Wirtschaftsleben kann in Zukunft einer gewissen Staatskontrolle nicht entbehren. Der Redner tritt scharf ein für Gleichachtung und Gleichbewertung des Arbeiterstandes. Aber immer noch gebe es Untertanen, die die ausgestreckte Hand der Arbeiter zurückstoßen. Der Klassengeist müsse weichen. In der Bevölkerungspolitik gelte nicht das Wort, sondern die Tat. Die materiellen Sorgen der Kinderreichen Familien müßten durch tatkräftige Hilfe gemildert werden. Kriegserheimmäßig sind unbedingt nötig. Entscheidend sei aber, daß die Gesinnung eine durchgreifende Aenderung erfahre.

Mit diesen beiden Vorträgen war der erste Tag der Beratungen beendet. Am Montag wurden die Verhandlungen mit einem Referat des Vorsitzenden des Militärarbeiterverbandes, Kollegen Koch, wieder aufgenommen. Er rebete über die dringenden Aufgaben der Sozialpolitik. Er wies auf die Wirkung unserer Sozialpolitik hin, die die Widerstandskraft des deutschen Volkes gestärkt und so dazu beigetragen habe, daß der Krieg mit voller Wucht bis heute geführt werden konnte. Nicht verweicht, wie es so mancherorten behauptet werde, sei das deutsche Volk durch die Sozialpolitik, im Gegenteil, es habe eine überaus starke Kräftigung erfahren. Der Krieg habe nach vielen Richtungen hin zerstörend gewirkt. Neue Forderungen treten auf. Gewaltige soziale Probleme sind nach Kriegsende zu lösen. Der Referent formuliert diese Forderungen in scharf umrissener Weise. Wir werden später noch darauf zurückkommen.

Als folgender Redner sprach Kollege Secker über die Hausbrand- und Lebensmittelversorgung im vierten Kriegswinter. Er weist hin auf die ungenügenden Vorkehrungen über die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand, mit Holz und Kohlen. Holz- und Kohlenmangel mache sich weniger auf dem Lande wie in den Städten und den holzarmen Gebieten bemerkbar. Vor allem trete die ungeheure Preissteigerung in Erscheinung; die durch die Holzversteigerungen hervorgerufen sei. Ein Verbot der Holzversteigerungen sei erforderlich, ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Bundesstaaten in der Brennholzfrage sei unumgänglich. Die Kohlenversorgung befände sich immer noch im Zustand des Provisoriums, obwohl die Reichskohlenstelle schon über 7 Monate bestche. Der Kohlenmangel drohe in den Wintermonaten schwere Nachteile auszulösen. Augenblicklich sei die Kohlentaryheit in erster Linie eine Frage des Transports. Die Kohlenproduktion sei wesentlich gestiegen, sie reiche fast an die Friedensproduktion heran. Die von dem Reichskohlenkommissar verfügte Einschränkung der Verkohlung von Kohlen hätte aufgehoben werden müssen, weil der Abtransport nicht möglich sei. Der Redner verlangt eine sachgemäße Verbindung von Holz, Kohlen, Gas und Elektrizität, damit keine Bevorzugung statfinde bei denen, die über diese natürlichen Produkte verfügen, gegenüber jenen, wo dieses nicht zutrifft. Alles müsse aufgeboten werden, um die Hausbrandversorgung sicherzustellen.

Bezüglich der Lebensmittelversorgung wies der Redner darauf hin, daß Brot und Kartoffeln die Grundlagen unserer Ernährung seien. Es müsse heute alles getan werden, um die Brot- und Kartoffelversorgung sicherzustellen. Unsere Viehbestände müßten der Gesamternährungslage angepaßt werden, unter Schonung der Milch-, Arbeits- und Zuchtvieh. Strengste Erfassung und Sicherung der Ernteporräte sei notwendig. Ebenso weitgehende Aufklärung auf dem Lande über Sinn und Zweck der Ernährungsvorschriften. Auch eine zweckmäßige Auswechslung der Lebensmittel je nach ihrer Haltbarkeit sei zu empfehlen. Gegen jede Verteuerung der Lebensmittel müsse entschieden Einspruch erhoben werden, das Reich müsse insbesondere alle Sonderprämien für Anlieferung usw. auf sich nehmen. Vorzugsbrennwertpreise für Minderbemittelte unter Berücksichtigung der Kinderzahl seien unbedingt erforderlich. Der Kampf gegen den Kriegswucher sei in schärfster Form zu führen, ebenso gegen den Schleichhandel. Der Kriegswucher dürfte nicht lediglich durch einige tausend Mark Geldstrafe geahndet werden, sondern es müsse der Wuchergewinn restlos und auch das Vermögen des Verurteilten zur Einziehung gelangen. Dadurch würde dem Uebel am wirksamsten gesteuert. Für die Weitergangswirtschaft fordert der Redner einen allmählichen Abbau unserer öffentlichen Lebensmittelversorgung. Zölle und viehwirtschaftliche Vorschriften dürften nicht eher wieder zur Geltung kommen, bevor normale Verhältnisse sich herausgebildet haben. Für die nächstjährige Ernte sind jetzt schon Vorkehrungen zu treffen. Für die Zeit nach dem Ernte fordert der Redner eine weitläufige Produktions- und Verbraucherpolitik.

Die Diskussion über die Vorträge brachte noch manche wertvolle Ergänzung.

Auch der Unterstaatssekretär des Kriegsernährungsamts, Ritter von Braun, nahm dazu das Wort. Er gab der bestimmten Hoffnung Ausdruck, die bisherige Brotmenge bis zur nächsten Ernte aufrecht erhalten zu können. Die Frühdruschprämien seien ja vielfach angegriffen worden. Sie haben jedoch das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß die Reichsgetreidestelle bereits den ganzen Bedarf des Winters in Händen hat. Dadurch sei der Gefahr der Verfüllung vorgebeugt. Die Kartoffelernte sei gut, doch solle man sie auf Grund einzelner besonders guter Ortsernten nicht unterschätzen. Ursprünglich habe man mit 30 Millionen Tonnen (65 Zentner auf den Morgen gerechnet). Es könnten vielleicht 4 bis 4 1/2 Millionen Tonnen mehr werden. Eine Wochenernte von 10 Pfund könne man jedoch voraussichtlich nicht gewähren. Die Beförderungsschwierigkeiten ständen dem entgegen. Die Städte sollten frühzeitig ihren Wintervorrat erhalten, um der Bevölkerung die Kohlrübenprüfung zu ersparen. Auch die Brotstreckung müsse für das ganze Jahr gesichert werden. Der Verfallung müsse auch ein gewisser Teil dienen, um den Ausfall der schlechten Futtermittel-ernte auszugleichen. Diese Verfallung sei nicht zu umgehen, soll die menschliche Ernährung, soweit Milch, Butter und Fett in Betracht kommen, nicht noch mehr gefährdet werden. Auch das Zugvieh müsse lieferungsfähig erhalten bleiben. Die Fettafrage sei sehr schwierig. Die Erfassung von Milch, Butter und Eier auf dem Lande sollen noch besser durchgeführt werden. Die in Rumänien angebauten Delfrüchte werden die Erzeugung von Margarine verdoppeln und damit den Ausfall an Fett etwas ausgleichen. Wenn eine bessere Erfassung von Milch und Butter gelingt, würden wir ohne zu große Fetteinschränkung auskommen.

Über den Stand der Lohn- und Gehaltsfragen referierten der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Wieber, und der Vorsitzende des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes Herr B e c h l y. Beide wendeten sich gegen die Forderung, daß die Löhne und Gehälter im allgemeinen die Höhe erreicht haben, wie in der Dessen-tlichkeit behauptet und von breiten Schichten angenommen wird. Für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten müssen die Löhne und Gehälter der gewaltigen Teuerung gegenüber vielmehr als absolut unzureichend bezeichnet werden. Schwer leiden die Angestellten unter der Wirkung unzulänglicher Gehälter. Sie befinden sich infolgedessen in einer unerträglichen Notlage. Weil aber Metallarbeiter und Angestellte keinen unmittelbaren Einfluß auf die Preisgestaltung ausüben können, müssen ihre Bestrebungen, durch Erhöhung der Löhne und Gehälter gegenüber der Teuerung einen Ausgleich zu schaffen, als berechtigt anerkannt und daher von den Regierungen und militärischen Kommandostellen erwartet werden. In dieser Sachlage volles Verständnis und Wohlwollen entgegenbringen. An Regierungen und gesetzgebende Körperschaften wird deshalb das Ersuchen gestellt, gerade Maßnahmen zu treffen, die der immer mehr wachsenden Preistreiberei und dem Hunger mit aller Macht Einhalt gebieten und sie zurückdrängen. Die Arbeiter und Angestellten müssen in der Dessen-tlichkeit aufklärend wirken und böswilligen Machenschaften entgegenreten. Die den Arbeitern und Angestellten freundlich gesinnte Presse

wird ersucht, sie auch fernerhin nachhaltig zu unterstützen.

In der nachfolgenden Diskussion werden die an Hand von statistischen Angaben der Referenten gemachten Darlegungen noch eingehend ergänzt. Kollege W i e d e b e r g, der Vorsitzende des christlichen Bauarbeiterverbandes, erläuterte die Lohnsteigerungen im Baugewerbe. Diese betragen im Durchschnitt 22 bis 25 Pf. pro Stunde. Nur einige Orte, wie Berlin, machen eine gute Ausnahme. Diese Lohnsteigerung habe die Teuerung nicht ausgleichen können.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung über die Erstellung von Kleinwohnungen nach dem Kriege referierten Staatsminister Dr. Graf v o n B o s a d o w s k y und Redakteur G a s t e i g e r aus München. Beide Redner wiesen auf die Wichtigkeit der Wohnungsfrage der Kinderbemittelten hin, die nicht lediglich eine Frage des Obdachs, sondern ein wichtiges Problem der Aufrechterhaltung und Förderung eines gesunden Familienlebens seien. Der Stand des deutschen Wohnungsmarktes verlange dringend, daß alle Kräfte und berufenen Faktoren in verständnisvoller Tätigkeit wirksam vereint würden, damit die durch den Krieg hervorgerufene Wohnungsknappheit nicht zur Wohnungsnot und zum Wohngesand werde. Der Erstellung von Kleinwohnungen sei daher das größte Interesse entgegenzubringen. Die Herstellung und Beschaffung der Baustoffe in ausreichender Menge sei erforderlich. Beide müssen Gegenstand ernster Sorge sein. Die Gesetzgebung von Reich und Bundesstaaten sowie die in Betracht kommenden Geldinstitute hätten der Beleihung von Kleinwohnungsbauten das größte Augenmerk zu schenken. Die Landesversicherung, Angestellten- und die Reichsversicherung müsse auch fernerhin den gemeinnützigen Wohnungsbau mit erstellenden Beleihungen unterstützen. Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Knappschaftskassen seien zu verpflichten, einen Teil ihres Vermögens dem Kleinwohnungsbau dienstbar zu machen. Weiter Forderungen betreffen die Beschaffung von Baustoffen und die Ueberlassung von bei der Demobilisierung. Die Ansiedlungsfrage in ländlichen und halb-ländlichen Gegenden, das Wohnungsgesetz und die gemeinnützigen Bauvereine. Wir können im Rahmen dieses Berichtes diese Fragen nur andeuten. Auch hierzu wurde in der Diskussion wertvolle Ergänzungen und Anregungen gegeben.

Damit war die Tagung des Kongresses erschöpft. Am Vormittag war die erfreuliche Mitteilung eingegangen, daß der Generalsekretär beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Kollege S t e g e r w a l d, in das preußische Herrenhaus als erster Arbeitervertreter berufen ist. Der Kongress brachte ihm die herzlichsten Glückwünsche für diese Berufung dar. Am Schlusse des Kongresses gab Kollege Stegerwald eine Zusammenfassung über die von dem Kongress geleistete Arbeit. Pflicht der Delegierten sei es nun, die Gedanken des Kongresses hinaus in die breiten Massen der Mitglieder zu tragen. Ereignisvolle Tage stehen uns noch bevor, die die Anspannung aller Kräfte des deutschen Volkes erfordern. Er schloß unter stürmischem Beifall mit dem Wort des polnischen Gewerkschaftsführers Sobieski, als er die Entladung von Wien befehlte: „Jetzt gilt's“. Da inzwischen ein Antwortschreiben des Generalfeldmarschalls von Hindenburg eingelaufen war, brachte der Kongress ein stürmisches Hoch auf das Heer und unsere Heeresleitung aus.

Mit dem Gesang: „Deutschland, Deutschland über alles“ gingen die Delegierten auseinander.

Auf das an den Kaiser gerichtete Telegramm lief folgende Antwort ein:

„Meinen herzlichsten Dank für den Glühungsgruß des in der Reichshauptstadt versammelten Kongresses der Christlich-Nationalen Arbeiter. In treuer Kameradschaft steht die Heimarmee der deutschen Arbeiter unerschrocken auf allen Fronten siegreichen Heeren mit unermüdbar Arbeit zur Seite. Das Bewußtsein, daß nur ein glücklicher Ausgang unseres Daseinskampfes der deutschen Arbeiterschaft eine erspriehliche Zukunft sichert, wird den Siegeswillen und die Kraft zur Ueberwindung der schwersten Zeit auch fernerhin stärken. Mein Vertrauen in den gefunden Sinn und die Vaterlandsliebe des deutschen Arbeiters kann nicht erschüttert werden.“

W i l h e l m I. R.“

**Allgemeines**

Das Eisene Kreuz I. Klasse erhielten folgende Kollegen: Blazefeldwibel **Karl Föllmer**, Mitglied der Zahlstelle Herne; Unteroffizier **Heinrich Pfeffer** aus Seibelsdorf, Mitglied der Zahlstelle Remscheid. Das Eisene Kreuz II. Klasse erhielten: **Gustav Schmetz** aus Rübershausen, Mitglied der Zahlstelle Hannover; Landsturmann **Hohe** aus Hilgenbach, Mitglied der Zahlstelle Mende; Sekretär **Nicolaus Haber**, Mitglied der Zahlstelle Oberhausen; Obergefreiter **Heinrich Wehrland**, Mitglied der Zahlstelle Bork. Das bayerische Verdienstkreuz mit Schärpen erhielt Gefreiter **Max Recklinger**, Mitglied der Zahlstelle Grafenwöhr. Zum Unteroffizier befördert wurde Kollege **Joh. Johann**, Mitglied der Zahlstelle Drensfeldfurt.

Das Ergebnis der siebenten Kriegsanleihe. Rund 12 1/2 Milliarden Mark hat das deutsche Volk zur siebenten Kriegsanleihe aufgebracht. Alle Schichten des Volkes sind an diesem glänzenden Resultat beteiligt, alle haben zu diesem finanziellen Siege beigetragen, obgleich es nicht an Kräften gefehlt hat, die den Kriegsanleihezeichnungen entgegenwirkten und dadurch glaubten, dem Frieden „möglich“ zu sein. Neben der sechsten Kriegsanleihe hat die siebente Kriegsanleihe das beste Ergebnis gezeitigt. Finanziell steht Deutschland gut. Möchte nun bei unseren Feinden die Einsicht zum Durchbruch kommen, daß weiteres Blutvergießen zwecklos ist. Wenn sie die Stimme des deutschen Volkes, das aus dem Erfolge der siebenten Kriegsanleihe richtig versteht, so werden sie ihre Eroberungssucht fallen lassen und einen Frieden suchen, der allen Völkern gerecht wird und durch Verständigung zu erreichen ist.

Der Vorsitzende des Hauptvereins Christlicher Bergarbeiter, Kollege **Heinrich Vogel**, ist bei der Ertragswahl für den auf dem Felde der Ehre gekämpften Landtagsabgeordneten **German Zimbusch** als Kandidat der Zentrumspartei einstimmig gewählt. Wir freuen uns seiner Wahl von Herzen, da Kollege Vogel ein ebenso geschickter wie entschlossener Vertreter der Arbeiterrechte ist. Es sind nunmehr wieder sechs Abgeordnete aus den Reihen der christlich-nationalen Ar-

**Bei Hindenburg**

Der Krieg hat leider in Deutschland die Menschen weit voneinander getrennt. Insbesondere hat sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in der Heimat zum Vergleich zu früher wenig gebessert. In vielen Kriegswirtschaften bedauerliche Mißverhältnisse sind entstanden. In manchen Gebieten immer wieder hervor-tretende Beschwerden, die sich bei einem Millionenheer aus dem besten Willen der obersten Stellen nicht ganz beheben lassen, die Sozialdemokratie im Kriege aber mit der besten Herzensleistung und anderen militärischen Stellen verlässliche persönliche Beziehungen unterhält, war der größte Fehler des Kriegsamts, Exzellenz **Groener**, seinerzeit befehlt, auch zwischen Arbeiterschaft und Arbeiterherrenschaft möglichst ein persönliches Verhältnis herzustellen. Dieser Gedanke wurde von dem neuen Leiter des Kriegsamts, Generalmajor **Seydewitz**, aufgegriffen und weiterverfolgt, so daß in diesen Tagen eine Reihe Arbeiterführer der verschiedenen Klassen Einladungen ins Hauptquartier erhielten. Als alle Arbeiter waren Sonntag, den 30. September, von dem höchsten Kommando der Kollegen **Seydewitz** und **Groener**, sowie der Vorsitzende der Volkshilfskommission des Hauptquartiers eingeladen. Das Hauptquartier liegt in einem kleinen Städtchen mit ungefähr 10000 Einwohnern. Hierher hat sich in wenigen Stunden nicht nur der Hauptquartier, sondern auch viele Arbeiterführer und ein großes Kontingent von Arbeiterherren gesammelt. In mehreren Zügen sind über 1000 Arbeiter nach dem Hauptquartier gekommen. Hier hat der Herr General Seydewitz eine große Versammlung abgehalten, die von 11 Uhr bis 12 Uhr dauerte. Die Arbeiterführer wurden im Hauptquartier empfangen und wurden in die verschiedenen Abteilungen des Hauptquartiers verteilt. Die Arbeiterführer wurden im Hauptquartier empfangen und wurden in die verschiedenen Abteilungen des Hauptquartiers verteilt. Die Arbeiterführer wurden im Hauptquartier empfangen und wurden in die verschiedenen Abteilungen des Hauptquartiers verteilt.

Umgebung ausgesucht würde, die für zeitweise kurze Ausspannungen in freier Luft die Möglichkeit bietet. Der Meinungsaustausch zwischen den verschiedensten Stellen der Obersten Heeresleitung und den Arbeitervertretern währte über vier Stunden. Zunächst fand mit Exzellenz **Lubendorff** eine eineinhalbstündige Besprechung statt über die militärische und innerpolitische Lage. **Lubendorff**, ein Hüne von Gestalt, stellt die verkörperte militärische Energie dar. Frei von allem Weiwert ist sein Sinn und Trauten stets auf die eine Frage gerichtet: Wie kann das große militärische Ziel in seinen Einzelabschnitten am sichersten und mit jedweder vermeidbaren Kraft und Menschenverwendung erreicht werden? Verantwortliche Naturen mögen an solchem Verhalten dies und jenes anspitzen haben. Auf Leute von Verantwortung will es imponieren. Von den Arbeitervertretern wurden die Wünsche der Arbeiter auf den verschiedensten Gebieten der Kriegswirtschaft (Ernährungsfragen, Kohlenlieferung für den Hausbrand, Hilfsdienstgesetz, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in den großen Industrieanlagen usw.) zur Sprache gebracht. Bei der Ernährungsfrage konnte es nicht nur darauf an, daß die Preis- und Verteilungspolitik sich auf einer möglichst gerechten und allseitig vertretbaren Basis bewegt, sondern auch darauf, wie die zuständigen Behörden mit den hiesigen Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land den Verkehr pflegen und Beziehungen zu ihnen unterhalten. Die industrielle Arbeiterschaft verlangt im allgemeinen auf dem Gebiet der Ernährungsfrage nichts Unerwartetes, nur müsse sie bei der vorhandenen Knappheit an Lebensmitteln von den zu lassenden oder gestrichelten Maßnahmen überzeugt werden. In den großen Industrieanlagen reicht jedoch das Hilfsdienstgesetz allein nicht aus zur möglichst wirksamen Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft. Schlichtungsstellen werden zwar als eine gute Einrichtung anerkannt, sie sind indes nicht imstande, unzulängliche Einrichtungen zu ersetzen. Es ist notwendig, daß Unter-

nehmer und Arbeiter eines großen Industriebezirks zusammengebracht werden, um in gemeinschaftlichen Beratungen Vorkehrungen zu schaffen zur rechtzeitigen Umräumung der immer wieder hervortretenden Unzulänglichkeiten. Exzellenz **Lubendorff** verwies darauf, daß das Verhalten der Obersten Heeresleitung lediglich von militärischen Gesichtspunkten bestimmt werde. Alle Maßnahmen, die geeignet seien, die Leistungsfähigkeit der Kriegswirtschaft zu fördern, könnten auf eine verständnisvolle Unterstützung der Obersten Heeresleitung rechnen. Arbeitsniederlegungen könne die Armee im Schlussschnitt des Krieges nicht ertragen. Insbesondere seien Arbeitsniederlegungen im Bergbau für die Armee von überaus großer Tragweite. Wenn beispielsweise Bergwerksbetriebe nicht andauernd mit Kohlen beliefert werden können, verjage die rechtzeitige Ablieferung des Kriegsmaterials. So sei es schon manchmal passiert, daß einzelne Frontabschnitte in schlimme Situationen gekommen seien. In solcher Lage dürfe es keinen ausreichenden Grund für Arbeitsniederlegungen geben. Es könne fast mathematisch berechnet werden, daß jeder Munitionswagen, der nicht zur Ablieferung gebracht werde, einer Reihe deutscher Soldaten das Leben erhalte. Die Oberste Heeresleitung könne sich keinen deutschen Arbeiter vorstellen, der in solcher Situation nicht bis zum äußersten seine Pflicht tue. Von Zivil- und Militärbehörden dürfe nichts gesehen, was als ungerecht oder unbillig empfunden werden könne. Strengste Gerechtigkeit und Objektivität müßte allenthalben beobachtet werden. Mit anderen zuständigen Stellen werde sodann die Frage im einzelnen besprochen, wie die Arbeitskräfte in der Heimat am besten zusammengefaßt und ausgenutzt werden können. Wenn in der Heimat in gleichem Maße wie im Hauptquartier die Zahl der einzelnen Kräfte ausgenutzt und Menschenökonomie betrieben werde, dann könne im Schlussschnitt des Krieges aus dem deutschen Volk noch sehr viel herausgeholt werden. Inzwischen war es mittags 1 1/2 Uhr geworden. Wir trafen den Generalfeldmarschall von **Hindenburg** beim

Bewegung im Preussischen Landtag: Bruck, Kiesberts, Gronowski, Schmidt, Bogelgang und Wallbaum.

Gegen den Schleichhandel. Das Kriegsernährungsamt richtet an die Öffentlichkeit folgenden Aufruf: Wie vor Jahr und Tag der Schleichhandel, so ist jetzt der Schleichhandel in den Mittelpunkt aller kriegswirtschaftlichen Störungen und Gefahren gerückt. Er ist die größte Volkspein dieses Weltkrieges geworden.

Die Stellungnahme der englischen Arbeiter zum Frieden behandelt die sozialdemokratische 'Feldpost' Wir sehen weite Kreise der Entente von dem Geiste der Verständigung noch sehr weit entfernt. Was soll man beispielsweise dazu sagen, wenn ein englischer - nicht etwa konservativer oder Ulstermann, sondern ein englischer Arbeiterführer, jener selbige Barnes, der den von Henderson geräumten Platz im Ministerrat eingenommen hat (Henderson mußte bekanntlich gehen, weil er für die Stockholmer Konferenz eintrat. Barnes nahm, was charakteristisch ist, keinen Anstand, den Platz sofort zu besetzen), erst jetzt wieder erklärt: „Ein Verständigungsfrieden wäre eine Selbstkündigung.“

Teilung des Reichsamtes des Innern. Durch einen Erlass des Kaisers an den Reichskanzler ist das bisherige Reichsamt des Innern geteilt worden. Die sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben des Reiches sind einem besonderen Amt, dem Reichswirtschaftsamt, überwiesen worden.

Frühstück, zu dem er eingeladen hatte. Ist Ludendorff die verkörperte militärische Energie, so von Hindenburg die abgekühlte, gewinnende, die ganze militärische Maschinerie zusammenhaltende, das rechte Wort zur rechten Zeit findende Führernatur, die von einem klaren und bestimmten Willen beherrscht wird. Eine tiefere Verehrung, wie sie bei den Offizieren des Generalstabes gegenüber Hindenburg allseitig zu beobachten ist, ist kaum denkbar.

Bei der Verabschiedung sprachen die Vertreter der christlichen Gewerkschaften dem Generalfeldmarschall zu seinem bevorstehenden siebenzigsten Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche aus in der Erwartung, daß er baldigst als sieggetreuer Feldherr in Berlin einzziehen möge. Soweit ihre Kräfte reichten, wollten sie alles tun zur möglichen reibungslosen Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Von Hindenburg dankte mit der Bemerkung, daß ihm eine solche Zusicherung das liebste Geburtstagsgeschenk sei.

Am Sonntag, den 4. November, ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

(früherer Oberbürgermeister von Köln) zum Staatssekretär des Innern und zum Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. Schwander (bisheriger Oberbürgermeister von Straßburg) ernannt. Die vorgenommene Teilung entsprach einem dringenden Bedürfnis. Die Aufgaben des Reichsamtes des Innern waren von einem derartigen Umfang, daß eine einzige Person sie nicht mehr zu übersehen vermochte.

Zwangsschiedsgerichte in Frankreich. Ein Dekret vom 17. Januar d. J. führte in Frankreich die Einigungspflicht für gewerbliche Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und den nicht der Militärpflicht unterworfenen Arbeitern der französischen Rüstungsindustrie durch Einigungsämter ein. Hiernach ist jede Unterbrechung der Arbeit oder eine Aufhebung des Arbeitsvertrages in der Rüstungsindustrie verboten.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Köln. Frisch. Auf dem Nasselfeiner Eisenwerk werden, wie auf den meisten größeren Eisenwerken, sogenannte Kriegsbauten ausgeführt. Die Neubauten läßt das Werk von den privaten Unternehmern ausführen. Diese zahlen zum Teil über den Tariflohn einschließlich der Lerneulagen. Das Werk beschäftigt aber auch eine größere Anzahl Bauarbeiter in eigener Regie. An diese zahlte die Firma für Maurer nur 55 Pf. pro Stunde und ließ ihnen einige minimale Kriegszulagen zukommen.

- 1. Zahlung eines Stundenlohnes von 81 Pf. für Maurer und Zimmerer und 71 Pf. für Bauhilfsarbeiter.
- 2. Zahlung der üblichen Zuschläge für Neben-, Nacht- und Sonntagsarbeiten.

Auf Grund dieser eingereichten Forderungen hatte der Bezirksleiter am 17. September eine Verhandlung mit der Direktion des Werkes. Bei dieser Verhandlung gab die Firma zu, daß die Löhne der Bauarbeiter verbesserungsbedürftig wären. Eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 81 Pf. für Maurer und Zimmerer und 71 Pf. für Bauhilfsarbeiter lehnte sie jedoch mit der Begründung ab, daß sie so hoch den direkten Stundenlohn nicht steigern könne, weil sonst die gesamte Belegschaft ebenfalls eine solche Erhöhung verlangen würde.

- 1. Der Stundenlohn wird für Maurer und Zimmerer auf 60-65 Pf. erhöht.
- 2. Alle in der Bauabteilung Beschäftigten erhalten zu dem erhöhten Stundenlohn 15 Prozent Zulage.
- 3. An alle wird die bisherige Zulage von 50 Pf. pro Tag gezahlt.
- 4. Den Verheirateten wird eine monatliche Zulage von vier Mark und pro Kind drei Mark gezahlt.
- 5. Im neuen Werk werden für Samstag nacht 50 Prozent gezahlt und für die dort auszuführenden besonders heißen Arbeiten durchweg eine monatliche Vergütung von 25 Mark.
- 6. Die bisher gezahlten Zuschläge für Nebenstunden mit 25 Prozent und die Zuschläge für Sonntagsarbeiten werden beibehalten.

Zu diesem Ergebnis nahmen die Kollegen Stellung und beschlossen einstimmig, das Resultat anzunehmen. Die Direktion hatte der Kommission offen erklärt, sie wisse, daß die Organisation großen Einfluß ausüben könnte, und wünsche deshalb eine Verständigung. Der Bezirksleiter hatte der Direktion die Forderung der des Schlichtungsausschusses in Aussicht gestellt. Von mehreren Kollegen wurde hervorgehoben, daß nunmehr die Interessenslosigkeit gegenüber der Organisation nicht mehr einreichen dürfe. Jeder müsse darauf bedacht sein, die Organisation hochzuhalten, um für die Durchführung des Zugelagten gesichert zu sein und auch später weitere Regelungen treffen zu können.

Der Westdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sendet uns folgendes Schreiben:

„Baugewerkschaft“ Berlin-Dahlem, Am Stadtpark 2-3. In der Spalte „Wirtschaftliche Bewegung“ in Nr. 41 Ihrer Zeitung vom 11. d. M. wird durch den Bezirk Bochum eine geführte über das Verhalten der Baufirma Moos Behre aus Dortmund und ihrer Baustelle in Hamm. Wir bringen Ihnen hiermit zur Kenntnis, daß die Firma nicht Mitglied unseres Bundes ist und wir daher auf das Verhalten derselben ihren Arbeitern gegenüber keinerlei Einfluß ausüben können.

Gegen die wachsende Reaktion

wendet sich das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften (Nr. 22, 1917) in einem grundsätzlich bedeutsamen Artikel. Mit großer Entschiedenheit werden die Bestrebungen beurteilt, die den Fortschritt in der politischen Weiterentwicklung zu hemmen suchen. Es sei eine äußerst bedenkliche Tatsache, daß es der jetzigen Regierung, die mit diesem gutem Willen leider noch viel mehr politischen Dissertantismus verbinde, gelungen sei, eine der wichtigsten staatspolitischen Errungenschaften dieses Krieges, nämlich die Annäherung der Sozialdemokratie an den Staat, aufs höchste zu gefährden.

Das christliche Gewerkschaftsorgan ruft dann die Arbeiter auf zur Wachsamkeit und zum Kampfe gegen jene Kreise, die eine grundlegende Aenderung des preussischen Wahlrechts mit allen Mitteln zu hintertreiben suchen. In dieser Forderung müsse die gesamte deutsche Arbeiterschaft unbeeinträchtigt festhalten, wenn ihr die eigene Zukunft lieb sei. Diese Agitation schreie im Gewande der Furcht vor der demokratischen Welle dahin, die angeblich die deutsche Eigenart und ideale Güter gefährden soll. „Arbeiter, laßt euch dadurch nicht täuschen! Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung lehnt grundsätzlich jene übertriebene Demokratie ab - die gar keine mehr ist - wie sie sich in den Ländern ausbreitet, wo das sogenannte parlamentarische Regime herrscht. Wir wollen nicht die Politik noch mehr, als es heute schon der Fall ist, zum Sammelpfad egoistischen Interessenschachers machen.

Laßt euch auch darum nicht beirren durch jene, die schlimmsten Befürchtungen vor dem Schwinden von Einrichtungen an die Wand malen, die angeblich aus idealen Erwägungen heraus wie der eigene Augapfel behütet werden müssen! Wir sichern die Zukunft auch unserer geistigen Güter am besten, wenn wir die Entscheidung entschlossen selbst in die Hand nehmen und sie zu beeinflussen suchen, anstatt uns widerwillig Zugeständnisse abtrotzen zu lassen, an denen wir doch nicht vorbeikommen und die dann natürlich die Sicherheiten nicht mehr bieten, mit denen wir sie durch unsere eigene Mitarbeit umgeben können. Laßt euch auch nicht beirren durch jene, die bei der Durchführung demokratischer Forderungen Deutschlands militärische Schlagkraft als gefährdet hinstellen wollen! Wir schwächen diese Schlagkraft nicht, wenn wir das ganze Volk am Gang der öffentlichen Mittel interessieren, sondern wir stärken sie eher! Laßt euch auch nicht beirren durch jene, die unter Ausnutzung unglücklicher Umstände des Reichstages, gegen die Volksvertretung überhaupt mobil machen. Mag der Reichstag noch so oft durch die Form fehlen - ohne seine Wichtigkeit würden der Arbeiterschaft sehr bald die letzten Reste ihrer Rechte aus der Hand gewonnen sein. Seid also auf der Hut, deutsche Arbeiter, und leistet nicht in gutem Glauben selbst, durch eine nachgiebige Haltung, der Reaktion noch Vorstoß! Weil wir unsere Zukunft sichern wollen, daher stehen wir starr und unerschütterlich bei unseren Forderungen! Hauptsächlich spricht der deutsche Arbeiterkongress zu Ende des Monats in dieser Hinsicht ein recht kräftiges und deutliches Wort!“

**Verbandsnachrichten**

**Dresden.** Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung fand am Sonntag, den 7. Oktober, statt. Unser Bezirksleiter, Kollege Schönleis, betonte zunächst die Wichtigkeit, sich an der siebenten Kriegsanleihe zu beteiligen. Sodann sprach derselbe über die Eingabe des Zentralvorstandes an den Arbeitgeberbund um eine weitere Teuerungszulage. Die Versammlung beantragte, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes den Zeitverhältnissen so wenig Rechnung tragen wollte, um eine so dringend notwendige Teuerungszulage kurz abzulehnen. Trotzdem Dirschau keine größere Stadt ist, sind die Kollegen bei einem Stundenlohn von 83 Pf. seit langem nicht mehr in der Lage, die Bedürfnisse mit dem verdienten Lohn bestreiten zu können. Mancher, welcher früher kleine Ersparnisse gemacht hat, muß diese jetzt zusehen. Der Bezirksleiter wurde von den Kollegen gebeten, den Zentralvorstand zu bitten, seine Bemühungen um Erreichung einer weiteren Teuerungszulage fortzusetzen. Weiter sprach Kollege Schönleis über gewerkschaftliche und genossenschaftliche Selbsthilfe und empfiehlt dringend die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, sowie den Eintritt und die Erhaltung von Konsumvereinen. Nachdem noch verschiedene Verbandsangelegenheiten eingehend besprochen waren, erfolgte Schluß der anregenden Versammlung.

**Hannover.** Ueber die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im Volkseben sprach in einer zahlreich besuchten Versammlung des Kartells der christlichen Gewerkschaften der Verbandsvorsitzende Frantzenberg-Aschaffenburg im Gasthaus „Zur Post“. Eingangspunkt der Versammlung gedachte der Vorsitzende, Gewerkschaftssekretär Junbrod, des Geburtstages unseres Lindenburger und wies darauf hin, daß erst vor einigen Tagen Vertreter der christlichen Gewerkschaften einer Einladung des Großen Hauptquartiers gefolgt seien. Der Redner des Abends beleuchtete am Hand reichhaltigen Materials die Bedeutung der Gewerkschaften im Kriege und wies auch insbesondere darauf hin, was die christliche Arbeiterbewegung im Interesse der breiten Volksmassen geleistet habe. Mit dieser mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache, in der zum Ausdruck kam, wie gerade für die Zukunft eine weitere Stärkung auch der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung notwendig sei. Die Neuordnung des innerpolitischen Lebens dürfte sich nicht ohne Erzielung des Einflusses der Arbeitererschaft, welche in diesem Verteidigungskrieg wesentliche Opfer gebracht habe, vollziehen. Der Vorsitzende erläuterte nochmals eingehend die Mitarbeit der Gewerkschaften bezüglich der Volksernährung. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften im Kriegsernährungsamt und in den unteren Ernährungsbehörden hätten sich unerschütterlich bewiesen erworben. Mit um so größerem Recht müsse man die Angriffe des Bürgervertreters Saake, welcher dieser gegen die Arbeitervertreter hinsichtlich der Kartoffelpreisregelung erhoben habe, scharf zurückweisen. Noch immer bliebe Herr Saake den Nachweits schuldig, aus welcher Quelle er geschöpft habe. Redakteur Schaar berührte Fragen unserer künftigen Wirtschaftspolitik vom Arbeiterstandpunkte und kennzeichnete die Wichtigkeit der Beschaffung der Rohstoffe nach dem Kriege, die allerdings mit dem Ausgang dieses Krieges im engsten Zusammenhang stehe. Die deutsche Arbeitererschaft habe ebenfalls ein Interesse daran, daß Deutschlands Weltmarktpolitik aus diesem Kriege ungeschwächt hervorgehe, und darum ergehe auch mit Recht die Aufforderung an den deutschen Arbeiter, Kriegsanleihe zu zeichnen, wenn er nur irgendwie dazu in der Lage sei. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß die Volksversicherung der christlichen Gewerkschaften es jedem ermöglichen, auch mit geringen Mitteln unter gleichzeitiger Versicherung sich an der Kriegsanleihe, die hoffentlich die letzte sei, zu beteiligen. Nach einer weiteren Aussprache fand die von sachlichem Ernst getragene Versammlung ihr Ende.

**Eine Wohnversicherung**

Eine der vorzüglichsten sozialen Forderungen der Gegenwart ist die Unterstützung kinderreicher Familien in Bezug auf ihre Wohnungsbeschaffung. In der Deffektivität, namentlich auch im Reichstage und in Landtagen, ist diese Frage unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten immer wieder aufgeschnitten worden. Die minderbemittelten Familien mit großer Kinderzahl haben stets Schwierigkeiten bei der Wohnungsbeschaffung. Die Höhe der Mieten, die Leichtigkeit der Kinder, die Gefühllosigkeit mancher Hausbesitzer oder der Nebenmieter zwingt zum öfteren Wohnungswechsel. So hat manche kinderreiche Familie nicht nur Schmerzen, sie findet auch nirgendwo Ruhe und Wohlbehagen. Hier liegt unzweifelhaft einer der Gründe für den Schwand der Geburten in den Städten. Dagegen einzuschreiten, gebieten sowohl vaterländische Interessen, wie auch Gründe der Menschlichkeit. Gasseiger sagt in seinem Buch „Die Arbeiterwohnungsfrage“: „Die Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien ist eine der wichtigsten Staatsthaten.“

Die Vertreter der Versicherungsanstalten haben sich auf ihrer letzten Tagung ähnlich geäußert und in einer Entschließung ausgesprochen, daß es eine der dringendsten Aufgaben der Allgemeinheit sei, die Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien ohne Verzug zu bewerkstelligen. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg ist auch alsbald positiv vorgeschritten und gibt nun Mitteilungen. Die Landesversicherungsanstalt Preußen hat sich ebenfalls in ihrer letzten Tagung geäußert und in einer Entschließung ausgesprochen, daß es eine der dringendsten Aufgaben der Allgemeinheit sei, die Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien ohne Verzug zu bewerkstelligen. Die Landesversicherungsanstalt Preußen hat sich ebenfalls in ihrer letzten Tagung geäußert und in einer Entschließung ausgesprochen, daß es eine der dringendsten Aufgaben der Allgemeinheit sei, die Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien ohne Verzug zu bewerkstelligen.

„Kinderreich“ gelten Familien mit vier und mehr Kindern unter 16 Jahren.

Manche Werkbesitzer und Unternehmer, wie auch eine Anzahl Städte, haben ebenfalls praktische Arbeit geleistet und für Angestellte und Arbeiter mit zahlreichen Kindern besondere Wohnungen erstellt. Zu durchgreifenden, allgemeinen Fürsorgemaßnahmen ist es bis jetzt nicht gekommen. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten schienen fast unüberwindlich, namentlich die Beschaffung der nötigen Geldmittel.

In letzter Zeit aber haben die Erörterungen darüber, wie unter Mitwirkung des Reiches den kinderreichen Familien geholfen werden kann, doch zu einem gewissen Klar geführt. Professor Dr. W. Schmittmann hat dazu den Weg gewiesen. Schmittmann schlägt vor, der Invaliden- und Angelegenheitenversicherung eine besondere Wohnversicherung anzugliedern und durch Beiträge der Versicherten, der Arbeitgeber und durch Zuschüsse des Reiches die Mittel aufzubringen, die zur Gewährung von Kinderrenten für alle versicherten Familien mit mehr als drei Kindern notwendig sind.

ist. Die Gesamtzahl der in Betracht kommenden Familienväter mit vier und mehr Kindern würde, nach der vom Reichsamt des Innern vorgelegten Berechnung, 1,16 Millionen betragen bei 4 887 500 versicherten Vätern überhaupt. Die Belastung an Kinderrenten, 196 Mark jährlich für eine Familie mit sechs Kindern und weiter abgestuft nach Kinderzahl, würde an Kapitalwert nach dem Versicherungsbestand am 1. Januar 1914 rund 1,08 Milliarden Mark betragen. Bei Uebernahme der Verwaltungskosten der Wohnversicherung und Zuschüsse durch das Reich würde der Wochenbeitrag für die Versicherten sich auf rund 28 Pfennige belaufen. Will man die in Aussicht genommenen 140 Mark mittlerer Wohnrente für die drei jüngsten Kinder, 28 Mark für jedes weitere Kind, um etwa 20 Prozent höher stellen, so würde der Wochenbeitrag auf ungefähr 40 Pfennige zu setzen sein. Die Kosten der Wohnversicherung werden sich also kaum niedriger gestalten als die zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Diese Berechnung entspricht den Schätzungen Professor Schmittmanns. Andere Sozialpolitiker haben einen Zuschlag von etwa 40 Prozent zu den Beitragsätzen der Invalidenversicherung für ausreichend erachtet. Die Beratungen beim nächsten Zusammentritt des Reichstages werden weitere Aufschlüsse in der sehr wichtigen Sache bringen.

**Gerichtliches**

**sk. Teuerungszulagen und Krankenkasse.** Nach einer Entscheidung des Oberversicherungsamtes Schleswig vom 22. Mai 1917 sind auch Teuerungszulagen bei der Berechnung der Krankenkassenbeiträge heranzuziehen. Mit als Lohnanteil oder Entgelt sind alle Bezüge anzusehen, die als Gegenleistung für geleistete Dienste gewährt werden, wenn sie für den Versicherten einen vermögensrechtlichen Vorteil bedeuten. Man sind die mit Rücksicht auf die durch den Krieg eingetretene allgemeine Teuerung von Arbeitgebern an ihre Arbeitnehmer gewährten Zulagen keine auf reiner Freigebigkeit des Arbeitgebers beruhenden Zuwendungen, die mit dem Arbeitsverhältnis in keinem Zusammenhang stehen, sondern sie sollen die Infolge der Teuerung in ihrem Werte gesunkene Gegenleistung des Arbeitgebers auf die zurzeit angemessene Höhe bringen und bilden damit einen Teil der Gegenleistung des Arbeitgebers für die Tätigkeit des Arbeiters, zumal auch die Arbeitslöhne infolge des durch den Krieg eingetretenen Mangels an Arbeitskräften vielfach gestiegen sind. Das muß auch für den Fall gelten, daß die Zulagen nur widerruflich gewährt werden.

**sk. Zur Frage der Operationspflicht Unfallverletzter.** Bekanntlich ist ein Unfallverletzter nicht zur Duldung einer Operation verpflichtet, auch wenn sie relativ ungefährlich ist. Nun hatte sich aber in einem besonderen Falle ein Ortskrankenkassenmitglied durch rechtskräftig gewordenen Vergleich vor dem Oberversicherungsamt verpflichtet, die Entfernung eines Teils der Tränenbrüse vornehmen zu lassen. Es fragt sich, ob er hierdurch die Berechtigung, die Operation zu verweigern, verloren hat. Das Reichsversicherungsamt hat dies mit Entscheidung vom 16. Juni 1916 (Aktenzeichen I. 88/16) verneint. Es führt aus: In der Berechtigung eines Verletzten, die eigentlichen Operationen abzulehnen, muß ein unantastbares persönliches Recht erblickt werden, auf das er sich jederzeit berufen kann und das erst mit dem Augenblick der tatsächlichen Vornahme des Eingriffs erlischt. Bis zu diesem Zeitpunkt muß es dem Verletzten aber unbenommen sein, seine Einwilligung zu versagen, oder, wenn er sie schon erteilt hatte, zu widerrufen, wenn ihm im letzten Augenblick Bedenken aufsteigen, weil er erst jetzt zu klarem Erkennen der Bedeutung der Operation gelangt. Eine vertragliche Bindung zur Duldung der Operation ist deshalb unwirksam. Bei der Beurteilung des vorliegenden Falles darf nicht vergessen werden, daß der Patient sich schon einmal einem operativen Eingriff unterzogen hatte, der seine Beschwerden nicht beseitigte, und daß er aus den ärztlichen Gutachten nicht die Sicherheit gewinnen konnte, die vorgeschlagene Entfernungen der Tränenbrüse werde den erhofften Erfolg haben. Der Kläger stand also vor einem medizinisch zweifelhaften Schritte.

**Bücherchau**

**Eben Hedin, „Bagdad - Babylon - Ninive“.** 166 Seiten, 26 Abbildungen (16 Photographien, 10 Zeichnungen Hedin's.) Feldpostausgabe 1 Mk. Leipzig, G. M. Brockhaus. „Der dieses Buch“, so beginnt Eben Hedin das erste Kapitel, „in der Erwartung zur Hand nimmt eine ausführliche Schilderung des Anteils der Türkei am Weltkrieg zu finden, wird schon, ehe er bis Bagdad gekommen ist, enttäuscht ausrufen: Aber das ist ja kein Kriegsbuch! Das ist ja nur eine Reisebeschreibung! Er hat vollkommen recht. Nicht der Krieg lockte mich zu neuen Abenteuern. Davon hatte ich an den europäischen Fronten genug gesehen. Diesmal sehnte ich mich vor allem danach, die Weltreiche des Altertums, Assyrien und Babylonien, und die Ergebnisse der modernen Forschung auf diesem ehrwürdigsten Boden der Erde kennenzulernen.“ Sein Kriegsbuch also im engeren Sinne. Aber doch ein Buch, das auf keiner Seite die machtvolle kriegerische Zeit seiner Entstehung verleugnet.

**Bekanntmachung**

**Aktion, Verwaltungsstelle Karlsruhe!**  
Die Adresse des Vorsitzenden der Verwaltungsstelle, Kollegen Gaus, ist jetzt Karlsruhe-Daglaben, Rappentwisch 35.  
K. Kappanpatt, statisch in Berlin.



Es starben den Helbertod fürs Vaterland:

- Joseph Achtermeier.** Zahlstelle Herbede i. W.
- Abalbert Wiegand.** Zahlstelle Flieden.
- Emil Schlitzer aus Blantenau.** Zahlstelle Dortmund, Maurer.
- Joh. Samelegepl.** Zahlstelle Rosten, Zimmerer.
- Matthias Hoffmann.** Zahlstelle Düsseldorf, Maurer.
- Andreas Mähe.** Zahlstelle Hannover, Maurer.
- Jos. Forst aus Seppendorf.** Zahlstelle Elm, Plattenleger
- Bernhard Stegemann.** Zahlstelle Selm.
- Jakob Becker.** Zahlstelle Nieder-Eisenhausen.
- Georg Hilfrich.** Zahlstelle Eidenholzhausen.
- August Lange.** Zahlstelle Herne
- Johann Weggötter, Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Verdienstkreuzes mit Krone und Schwertern.** Zahlstelle Augsburg.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

- Am 1. Oktober starb plötzlich unser treues Mitglied **Johann Gramalla** im 48. Lebensjahr. Zahlstelle Kramelan.
- Am 1. Oktober d. J. starb in Spandau unser treues Mitglied **Valentin Kowalski.** Zahlstelle Rosten, Zimmerer.
- Am 7. Oktober starb unser treues Mitglied **Karl Arnold** im Alter von 59 Jahren. Zahlstelle Elm, Fuher.
- Am 14. Oktober starb unser treuer Kollege und Gründer unserer Verwaltungsstelle, Maurer **August Bogelski**, im Alter von 61 Jahren an einem Blasenleiden. Verwaltungsstelle Heilsberg.

Ehre ihrem Andenken!

Im Reichstag hat dieser Platz gute Aufnahme gefunden, und die Reichsleitung ist dem Wunsch, ihn versicherungstechnisch und nach der finanziellen Seite hin prüfen zu lassen, bereits nachgegeben. Das Resultat der Prüfung ist in Form einer kleinen Denkschrift Mitte Oktober dem Wohnungsausschuß des Reichstages vorgelegt worden. Sie enthält Wahrscheinlichkeitsberechnungen, da absolute, feste Biffern über die Altersverteilung, Berechnungszahlen, Zahl der versicherten Familienväter, die Kinderlosigkeit, Geburtenfolge usw. nicht vorliegen. Als Unterlagen für die Berechnungen dienen die Ergebnisse und Zahlen der Versicherungsanstalten, die Statistik der Personalklasse der Arbeiter der Preussisch-Schlesischen Erwerbsgemeinschaft, dann die früher im Reichstag vorgelegte Schrift „Die ethische Fruchtbarkeit der Reichsbevölkerung“.

Für die geplante Wohnversicherung ist das Kapitalvermögen und das Prämienrückhaltungsverfahren im engen Anschluß an die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vom 1. Januar 1914 in Aussicht genommen. Beitragspflichtig sollen alle bei der gewöhnlichen Beschäftigung beschäftigten Arbeiter und Arbeiter sein, ebenso die beim Versicherungsbeschäftigten Angehörigen versicherten Personen. Von der Beitragspflicht sollen befreit werden Versicherte mit mehr als drei lebenden Kindern, bei denen jenseits der fünfzig Jahre gebo-

Verantwortlicher Redakteur und Druck: Josef Becker, Druck: Friedrichshagen-Verlag